

Digitalisierung und Gemeinwohl

Ein politisches Statement

Dr. Ansgar Klein
Geschäftsführer
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches
Engagement

Einführende Überlegungen

- Die Digitalisierung der Gesellschaft betrifft nicht nur das Bildungssystem und die Arbeitswelt, sondern stellt auch Zivilgesellschaft und Demokratie vor große Herausforderungen mit Chancen und Risiken.
- Mit Blick auf die Praxis der Zivilgesellschaft stellen sich an den Schnittstellen der offline- und der online-Kommunikation neue und oft auch tief greifende strukturelle Herausforderungen. Aus der Perspektive des BBE und seiner Fachdiskurse mit Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Bund, Ländern, Kommunen und Wissenschaft zu guten Rahmenbedingungen für Engagement und Partizipation möchte ich im Folgenden einige zentrale Themen des digitalen Wandels aus Sicht der Zivilgesellschaft ansprechen.
- Die genannten strukturellen Herausforderungen lassen sich natürlich sowohl auf die Perspektiven und Handlungsherausforderungen der Spenden sammelnden Organisationen als auch die von Zuwendungsgebern und Förderorganisationen beziehen. Ich hoffe, dass dies in Ihren vertiefenden Diskussionen aufgegriffen wird.
- Eine nachhaltigstrukturelle Förderstrategie der öffentlichen Hand ist wünschenswert und erforderlich.

Einführende Überlegungen

- Das Ziel meiner folgenden Ausführungen liegt vor allem darin, den politischen und strukturellen Handlungsbedarf deutlich zu machen, der sich aus dem Digitalen Wandel für Zivilgesellschaft, kritische Öffentlichkeiten und Demokratie ergibt. Dies möchte ich mit der Anregung verbinden, die erforderlichen Aufgaben einer „zivilgesellschaftlichen Strukturpolitik“ für den digitalen Wandel seitens der fördernden Organisationen, aber auch im Fundraising stärker zu gewichten.
- Nicht zuletzt sollen diese Überlegungen auch die staatliche Förderpolitik in den Feldern der Engagement- und Demokratiep politik adressieren. Eine hinreichend sensibilisierte zuwendungsrech

Der Digitale Wandel und die Demokratie: Privatheit und Öffentlichkeit

- **Privatheit:**

„Mit der umfangreichen Digitalisierung unserer kommunikativen Infrastruktur verschieben sich die Grenzen zwischen Privatem und Öffentlichem. Klagen über die Verletzung von Privatheit gehören inzwischen schon zum Grundton zeitdiagnostischer Analyse. Diese Klagen und Krisendiagnosen haben dabei nicht allein geheimdienstliche Massenüberwachung, wie sie die Snowden-Enthüllungen zu Tage gebracht haben, im Blick. Auch das systematische Sammeln und Auswerten von Daten durch private Unternehmen („economic surveillance“), das die Grundlage einer auf Datenhandel basierenden Internetökonomie darstellt, löst zunehmend Besorgnis aus. (Sandra Seubert/Paula Helm 2017: Editorial zum Sonderschwerpunkt: Privatheit und Demokratie. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 30, Heft 2, De Gruyter – in Vorbereitung).

Der Digitale Wandel und die Demokratie: Privatheit und Öffentlichkeit

- **Öffentlichkeit:**
- Mit der wachsenden Bedeutung der Social Media stellen sich Grundfragen der Bewahrung unserer Ansprüche an kritische Öffentlichkeit und an entsprechende zivilgesellschaftliche Zugänge zu dieser Öffentlichkeit.
- So ist etwa die Selbstbezüglichkeit vieler Social Media-Kommunikationen bezüglich der Herstellung hermetischer Meinungskonformitäten („Echoräume“) eine zentrale Herausforderung für eine kritische Öffentlichkeit.
- Die Rede von der „Lügenpresse“ in rechtspopulistischen Kreisen wirft einen Scheinwerfer auf die wachsende Bedeutung der Medienpädagogik und einer empirisch-analytischen Forschung zu Social-Media-Kommunikationsverläufen und den dort in offenbar wachsendem Maße erfolgenden Manipulationen (Robots/Trolle).
- Zugleich stellen sich ganz praktische Fragen nach der künftigen Bedeutung von „Fakten-Checks“ bei Fake-News, nach praktischen Maßnahmen gegen „Hate-Speech“ im Internet und nach der Stärkung der Medien- und Internetkompetenzen in den zivilgesellschaftlichen Strukturen und Infrastrukturen.

Funktionen einer kritischen Öffentlichkeit

- Für die **Funktionen einer kritischen Öffentlichkeit** gilt es folgende Maßnahmen zu ergreifen:
- Stärkung des investigativen Journalismus
- Informationsfreiheitsgesetze stärken
- Whistleblower schützen / Hinweisgeberschutz
- Journalistische und fachliche Kompetenzen der zivilgesellschaftlichen Infrastrukturen stärken (differenzierte Narrative für differenzierte Öffentlichkeiten)
- Verschränkung von Wissensräumen und die Chancen von vernetzten Metaplattformen (Beispiel: BBE) - Aktualität mit niedrigschwellen Zugängen zu Hintergrund, Archivmaterial,
- Entwicklung von öffentlichen Wissensallmenden (etwa: Wikimedia) inkl. Öffentlich Nutzbarer Fotos zu den Themen der Zivilgesellschaft

Shrinking Spaces der Zivilgesellschaft und die Chancen des Internet

- Die Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsräume („Shrinking Spaces“) betreffen über 60 Ländern weltweit und finden auch in Europa (etwa Ungarn, Polen...) statt. Da die offene Internet-Nutzung in autoritären Regimen zumindest teilweise unterbunden werden kann, bietet das wegen seiner Möglichkeiten für kriminelle und terroristische Aktivitäten in den Fokus geratene „Darknet“ etwa auch den Dissidenten in Diktaturen wichtige Schutzräume. Wie aber können wir geschützte Handlungsräume für zivilgesellschaftliche Diskurse und Akteure im Netz separieren von den Nutzern etwa aus kriminellen Interesse?
- Welche Rolle spielen Internet und Social Media in den Ländern mit „Shrinking Spaces“? Das sind wichtige Strukturfragen im Kontext etwa der Diskussionen von Konfliktvermittlung/Friedenssicherung, von demokratischer Transformation oder Entwicklungspolitik.

Die Reformagenda der OGP:

- Open Government Partnership: OGP – der Nationale Arbeitskreis OGP hat im März 2017 in folgenden acht übergreifenden Handlungsfeldern Empfehlungen zu 22 ressortbezogenen Themenfeldern (von der offenen Wissenschafts- oder Gesundheitspolitik bis zur Transparenz von künstlicher Intelligenz und Algorithmenkontrolle) gemacht.
-
- **Die acht übergreifenden Handlungsfelder von OGP:**
 - Offene Daten
 - Informationsfreiheit und Transparenz
 - Bürgerbeteiligung, Zusammenarbeit und bürgerschaftliches Engagement
 - Zukunftsdialoge
 - Innovationsmanagement und Open Innovation
 - Umgang mit Daten und mit personenbezogenen Daten
 - Schutz von IT-Systemen im Open Government
 - Kompetenzaufbau und Qualifizierung
- Open Government Arbeitskreis: <https://opengovpartnership.de/>

Notwendigkeiten einer zivilgesellschaftlichen Strukturpolitik als Antwort auf den Digitalen Wandel

- Für die Zivilgesellschaft ergeben sich strukturelle Fragen mit Blick auf die:
- Integrierte Curricula des Hauptamtes in zivilgesellschaftlichen Infrastrukturen und Infrastruktureinrichtungen unter Einschluss von Medienpädagogik und Internetkompetenz
- Abgestimmte Social Media-Strategien im Umgang mit Fake News, Hate Speech etc.
- Stärker mit Social Media arbeitende Kampagnen der Zivilgesellschaft
- Journalistenfortbildungen für Social Media
- Fortbildungsangebote an den Schnittstellen online-offline
- Niedrigschwelliger Beratungsservice zu Internetfragen inkl. Datenschutz/ Anti-Virusprogramme

Handlungsoptionen und Angebote des BBE

- **Handlungsoptionen und Angebote des BBE:**
- Eine erfahrungsbezogener und auf gemeinsame Handlungskorridore und Förderbedarfe ausgerichtetes „Forum Digitaler Wandel und Zivilgesellschaft“ könnte die erforderlichen Unterstützungen und die notwendigen Rahmenbedingungen im gemeinsamen Austausch von Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam erarbeiten. Dabei wäre auch zu klären, wie eine stärkere digitale Agenda zu einer insgesamt erfolgreichen Entwicklung von Spendenorganisationen beitragen kann und welche Veränderungen in der Kommunikation erforderlich sind?
- Aufbau von vernetzten Fortbildungsangeboten an den Schnittstellen online-offline
- Regelmäßige Fachberichte und -diskurse im Netzwerk und seinen Medien
- Beratungen zu synergetischen Kooperationen in der Kampagnenführung unter den Netzwerkmitgliedern
- Aufbau einer Themenseite zu den Fragen des „Spendens“ auf der BBE-Homepage mit den Fachorganisationen/Dachverbänden der Spendenlandschaft

Literatur

- Arbeitskreis Open Government Partnership Deutschland 2017: Zivilgesellschaftliche Empfehlungen für den nationalen Aktionsplan Open Government Partnership (23. März 2017): Grundlagenpapier für die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der Open Government Partnership (OGP) mit inhaltlichen Empfehlungen der Zivilgesellschaft für den ersten nationalen Aktionsplan der Bundesregierung 2017,
https://opengovpartnership.de/files/2017/03/170323_Zivilgesellschaftliche_Empfehlungen_NAP_OGP.pdf
- Sandra Seubert/Paula Helm 2017: Editorial zum Sonderschwerpunkt: Privatheit und Demokratie. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 30, Heft 2, De Gruyter – in Vorbereitung).

Zum Autor

PD Dr. Ansgar Klein, Dip.-Soz., Dr. Phil., Privatdozent für Politikwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. 2000-2002 Wissenschaftskoordinator der SPD-Bundestagsfraktion für die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ im Deutschen Bundestag 1999-2000; seit 2002 (Gründungs-)Geschäftsführer des „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagements“. seit seiner Gründung 2002 Mitglied der Steuerungsgruppe des FES-Gesprächskreises „Bürgergesellschaft und Demokratie“. Geschäftsführender Hg. des 1988 gegr. Forschungsjournal Soziale Bewegungen (De Gruyter), der Buchreihe „Bürgergesellschaft und Demokratie“ (VS Springer Wissenschaft) und der Schriftenreihe des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement „Engagement und Partizipation in Theorie und Praxis“ (Wochenschau Verlag). Mitglied im Hightech-Forum der Bundesregierung, im Nationalen Arbeitskreis Open Government Partnership (OGP) und tätig in zahlreichen weiteren Beratungsgremien von Bundesregierung und Fraktionen, von Zivilgesellschaft und Wirtschaft.